Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 16 (1936-1937)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Niekisch spricht nicht von diesem menschlichen Problem, aber er sieht es und sieht den Weg, der ihm gerecht werden soll.

Mit grausamer Realistik schildert er nicht allein die Inkarnation des ewigen Juden, sondern auch den Menschenthp, welcher der dritten imperialen Figur zugehört. Er ist "ausgedörrtes Individuum", "pulverisiert", "entftofflicht", von den elementaren Rraftquellen abgeschnitten. "Darum fehlt ihm" — diesem Gewächs der europäischen Zivilisation — "für die Machtprobe mit dem bürgerlichen Ordnungskosmos, im Aufmarsch gegen bas "ökonomische Feindesland' die unwiderstehliche Durchschlagskraft. Er erschreckt die bürgerliche Umwelt, aber er wird ihrer nicht Herr." Bedurften ewiger Römer und ewiger Jude der glänzenden Schäte der Welt, um auf ober aus ihnen den Glanz ihres Imperiums erstrahlen zu laffen, so ist dem "Arbeiter", der schon zu Anfang als weltgängiger Thous auftritt er reicht soweit wie Technik und ökonomischer Verstand reichen — als leerer Schale das Herz in der Brust, das Blut im Leibe nötig. Dies opfern "flawischer Bauer" und "tartarischer Hirte". Niekisch glaubt, daß die "sozialistische Gesellschaft" die Lebensform ift, auf welche diese Barbaren "aus den Untergründen ihres Daseins her" angelegt sind. So muß der Arbeiter nicht ihre biologische Substanz verbiegen, sie aussaugen, wie dies die Imperien sonst getan haben, sondern er findet in ihnen "die Rörper, für die er eben der Ropf ist, der dazu gehört".

Wie weit die Technik in ihrer gegenwärtigen Form nicht substanzverzehrend ist — diese Frage haben wir soeben gestellt. Auf den Schultern dieser jungen "Barbaren" liegt die Bürde eines schicksalhaften Auftrags in ganzer Schwere. Wie es auch immer komme: aus dieser Symbiose wird ein Stoff sich bilden, der wie "Dynamit" für alle alten Werte und Ordnungen wirken wird.

Die schwarze Flagge, die über unserer Zeit flattert, deutet nicht allein auf Todesgefahr, sondern auch auf einen Bereich, in dem unter Todessgesahr die tiefsten Aufgaben menschlicher Gemeinschaft in Angriff genommen worden sind: und wiederum im Dienst des Lebens — im Dienst des Mensichen, möchten wir glauben.

Politische Kundschau

Schweizerische Umschau.

Die Stunde der Rechten.

Die innerpolitische Entwicklung der Eidgenossenschaft hat seit den Tagen nach dem 26. September, also seit dem Vollzug der Abwertung, eine neue, man kann lagen: thpische Richtung eingeschlagen. Es ist, als hätte die Abwertung, obwohl diese Maßnahme an sich mit der großen politischen Entwicklungslinie schon der Materie nach keineswegs im Zusammenhang steht, auch hier einen Damm durchs

brochen, der allerdings längst nicht mehr seststand und durch den das Wasser schon seit einigen Monaten durchzusickern begonnen hatte. Am Tage der Abwertung mußte nun zwangsläufig eine breite Bresche in diesem Damm gelegt werden, denn an diesem Tage ergab sich zur klaren Erkenntnis aller, die überhaupt sehen wollten, daß die sünssährige Virtschaftspolitik des Bundesrates, also die Wirtschaftspolitik seit Beginn der Arise, falsch gewesen war. Bei der heutigen Präponderanz der wirtsschaftlichen Probleme mußte die Konsequenz schwerwiegend sein: Der Bundesrat, der diese Wirtschaftspolitik betrieben hatte, war nun eben der Bundesrat der schwarzsgrünsgoldenen Koalition und die Erkenntnis seines Versagens mußte den Bestand dieser Koalition, sogar in unserem ziemlich konservativen politischen Gesüge, gestährden.

Roalitionsgebilde sind nun in der Regel in demokratischen und parlameniarischen Staaten einem Wechsel unterworfen, den man als normal bezeichnen kann. An sich wäre deshalb ein Koalitionswechsel auch in der Schweiz, theoretisch gesprochen, nichts besonderes. Der praktischen Anwendung dieses Sates aber stehen bei uns ganz natürliche und sehr heilsame Hindernisse gegenüber, und so kam es, daß seit dem Berlust der absoluten Mehrheit der freisinnigsdemokratischen Partei in der Bundesversammlung die heute bestehende Koalition als ihr selbstverständlicher und unveränderlicher Ersat gelten mußte.

Solange bas Land fich ber Prosperität erfreute, war benn auch kaum jemand ba, ber einen Koalitionswechsel auch nur in Erwägung gezogen hätte. Die Sozialbemokratie drängt zwar längst dahin, wenigstens ihr gemäßigter Flügel; dagegen trieb die Partei in anscheinend nicht umzubringender Reminiszenz an die Tage des November 1918 eine Politik der Verneinung des demokratischen Staates und des Antimilitarizmuz, die bei jedem normalempfindenden Politiker ihre Roalitionzreife als völlig außer jeder Betrachtung erscheinen laffen mußte. Rubem konnte es scheinen, als ob die Politik der bestehenden Koalition eigentlich durch etwas Bessers gar nicht zu ersehen wäre. Hatten wir nicht den Krieg im Grunde recht gut überstanden? Erfreute sich nicht das Land während einer zehnjährigen Periode nach Abschluß des Krieges — von wenigen Ausnahmen abgesehen — einer wundersamen Prosperität? Es war die Zeit, da das eidgenössische Budget Jahr für Jahr seinen Aberschuß aufwies, die Zeit, da der Honig der Subventionen in wunderbarsbeglückenbem Strom sich über alle Interessenten — und wer gehörte nicht bazu? — ergoß. Diese Zeit ber Prosperität ist uns irgendwie zum Berhängnis geworden, und ob sie gleich die Rammern unserer Nationalbank mit den Reichtumern füllte, von denen wir noch heute zehren. Denn in diesen Jahren verfäumten wir es, die Mängel unseres Shitems zu erkennen und wir waren nur allzu leicht geneigt, unseren Bohlstand auf die Güte dieses Shstems und die Vortrefflichkeit der in ihm herrschenden Roalition zurückzuführen.

Die Krise schuf hier zwar nicht eine rasche, aber, unserem Volkscharakter entsprechend, eine, wenn auch langsam wirkende, so doch ziemlich tiese Wandlung. Wir wollen absehen von jener Erneuerungsbewegung, die den Kampf gegen das "System" an sich auf ihre Fahne geschrieben hat. Ihr Rückhalt im Volk ist, von einer Großstadt abgesehen, gering und ihre Stimmkraft, die einst, in gewissen Kanstonen, ansehnlich war, ist, wie die Wahlen in Schasshausen zeigten, auf dem Stande geblieben, auf den sie, nach dem großen Ersolg des ersten Jahres, kurz darauf zusückgeworsen wurde. Aber auch in der breiten Masse unserer Wähler machte sich mehr und mehr die Erkenntnis bemerkdar, daß eine Reparatur unseres demokratischen Ausbaus nicht mehr zu umgehen sei. Der Unterschied ist nur der — und er läßt sich nicht etwa nur bei den Bewegungen innerhalb der historischen Parteien, sondern auch bei der jungkonservativen Erneuerungsbewegung und der Aussebotzuppe feststellen —, daß hier Angrisse aus das System an sich nicht untersnommen, sondern allein gewisse sungtionelse Störungen der Kritik unterzogen wers den, in der richtigen Erkenntnis, daß die Schweiz im Grundsat ihren föderativs

demokratischen Ausbau nicht nur wird erhalten, sondern verstärken müssen, wenn sie nicht zu Grunde gehen soll. Das heißt natürlich nicht, daß die heutigen Zustände einsach tale quale erhalten werden sollen und gewisse Leute wagen sich reichslich weit vor, wenn sie behaupten, allein die Erneuerung zu vertreten und das Eides Columbus gesunden zu haben, indem sie einsach das demokratische System bestämpfen. Somit sei wieder einmal festgestellt, daß uns allen, die wir den Kampf gegen das System an sich nicht auf unsere Jahne geschrieben haben, die heutigen Mängel ebenso bekannt sind, wie den andern (mit Verlaub bemerkt), und daß wir im übrigen durchaus überzeugt sind, auß rechte Pferd gesetz zu haben, wenn wir die Kettung in der Erhaltung des söderativen Ausbau's unserer Demokratie ersblicken. Für uns spricht — im Großen gesehen — der Tradition eine jahrhundertes alte Vergangenheit, und die ist uns Beweis genug.

Die Erkenntnis, daß die Politik des Bundesrates den Ansorderungen der krisenschweren Zeit nicht gewachsen sei, bestand schon lange. Und ebenso lange des standen schon Bestredungen, die Sozialdemokratie zur Regierungskoalition beis zuziehen. Ihre dürgerlichen Vertreter sind das linksradikale Lager, und die Basler "National-Zeitung" ist ihr bemerkenswerter Exponent. In der Sozials demokratie selbst bekamen die gemäßigten Kräfte allmählich die Oberhand, doch wird man nicht darüber im Zweisel sein dürsen, daß diese Gewichtsverlagerung in der marxistischen Partei weniger auf einen aus ihr selbst erwachsenen Gesinzungswechsel gegenüber dem demokratischen Staat und seiner Armee zurückzusühren ist, als vielmehr durch das Bestreben bedingt erscheint, die Schweiz deshald wehrshaft zu machen, damit sie ein möglichst vollwertiges Glied in einer kommenden antisassistischen Koalition werde. So haben wir unsere neueste innerpolitische Beswegung zu einem guten Teil Herrn Hitler zu verdanken.

In der Sozialdemokratie wurde schon seit Monaten kluge und intensive Vorsarbeit für das Kommende geleistet. Man bewilligte die Militärkredite, man stimmte der Wehranleihe zu und setzte sich souverän hinweg über diesenigen, die zu prostestieren wagten, man verleugnete einer kommenden Koalition zuliebe die besten Freunde von ehedem, und die, welche die alten, für die Partei jahrelang maßgebens den Grundsätze der antidemokratischen und antimilitaristischen Doktrin am besten hochgehalten hatten, wurden im weitesten Schwunge hinausbesördert. Typisch in diesem Zusammenhang ist die Kaltstellung Friedrich Schneider's und sein Hinausswurf aus der Redaktion der Basler "Arbeiter-Zeitung".

Nachdem nun das Geschick sich erfüllte und der 26. September den Bankrott der bisherigen Wirtschaftspolitik zur Evidenz erwies, da brach mit einem Schlag die Sonne der neuen Koalition durch das Gewölk und ihre heißen Strahlen brachten die Früchte der eisrig geübten sozialdemokratischen Spekulation sehr rasch zum reisen.

Es entstand die "Richtlinien-Bewegung". Kaum war der Tag der Abwertung vorüber, so bildete sich eine Koalition der linksdemokratischen und jungbäuerlichen Elemente mit den Gewerkschaften und den Spißen der sozialdemokratischen Partei, welche sich für die Führung einer gemeinsamen Politik einsetze, die auf einem vollgültigen Bekenntnis zur geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung ausbauen sollte. Großzügige Sozialpolitik und Arbeitsbeschafsung sind die wesentlichen Programmpunkte. Und daß das Bekenntnis zur "Demokratie" in diesem Programm eine sehr bevorzugte Stellung einnimmt, versteht
sich von selbst.

Hier ist — und das ist der Hauptgrund, weshalb die Ziele dieser Vereinisgung nicht zur Verwirklichung kommen dürsen — das Wort "Demokratie" zu nichts anderem als zur Tarnung sehr realer parteipolitischer Absichten gebraucht. Denn der Sozialdemokratie gilt die Demokratie nur solange etwas, als sie antissassischen, das zeigt ein selbst nur flüchtiger Blick in die Parteipresse, und, offensgestanden, was wäre von einer Partei anderes zu erwarten, die sich noch bis uns

mittelbar vor dem faszistischen Umsturz in Deutschland zur integralen Diktatur bes Proletariates bekannte?

Beabsichtigt ist also die Aufnahme der Sozialdemokraten in den Bundesrat und vor allem die Schaffung einer schwarz-rot-grün-goldenen Koalition. Der Gedanke ist fein gesponnen und er ehrt — in gewissem Sinne — seine Urheber. Aber das Schweizervolk dürste, nach allem, was sich dis heute seststellen läßt, nicht in die Falle gehen:

- 1. Der Zentralvorstand ber katholisch-konservativen Bolkspartei hat bereits eine völlig ungeschminkte Ablehnung solcher Bestrebungen ausgesprochen, beren Schärfe allein icon an ber erbitterten Reaktion, vor allem in ber fogenannten linksbürgerlichen Preffe, zu erkennen ift. Allem Unschein nach ichrecken bie Spuren, die das Zentrum im Reich und in Preugen zurückgelaffen hat und sein schmählicher Untergang sein dürfte, für mehr als nur einen, eine schreckliche Warnung bedeuten. Nicht zu übersehen ist dabei allerdings, daß der chriftlich-joziale Flügel der Partei seinem Wesen nach dem Gedanken der neuen Roalition grundsählich zuneigen wurde; aber die überwiegende Mehrheit der Partei besitt ihre Träger in ber Bauernschaft auf bem Lande und biese wird, wie die Resolution des Zentralvorstandes bereits erkennen läßt, sich durch= seten. Dabei scheint es, wenigstens bis heute, daß die Minderheit sich fügen werde und daß mit der Gefahr von Absplitterungen zurzeit nicht zu rechnen ift. (Un fich ift zwar festzustellen, bag folde Absplitterungen febr oft im Intereffe bes geschloffenen Sanbelns ber Stammpartei birett zu wünschen find, und man kann g. B. nicht fagen, daß sich die Jungbauern-Bewegung, trot bem erheblichen Manbatsverluft, für die Bauernpartei fehr ungunftig ausgewirkt
- 2. Der Zentralvorstand der freisinnigsdemokratischen Partei wollte, offenbar unter dem Einfluß seines demokratischen Flügels, der neuen Koalition ein Türchen offen lassen. Nun scheint es aber, daß dort die freisinnigen Rechtskreise bis zur "Neuen Zürcher Zeitung" einen erfolgreichen Gegenstoß unternehmen und die Türe bereits wieder zugeschlagen haben. Da bekanntlich die freissinnige Partei in solchen Fällen jeweils der Rückenstärkung bedarf, weil an sich ja das Umfallen zu ihren vornehmsten Grundsähen gehört, dürste die stramme Haltung der konservativen Partei hier das Nötige besorgt haben und noch besorgen, denn, das dürste doch auch dem rosarotesten Demokraten allmählich klar sein, daß die Berwirklichung der neuen Koalitionsidee gegen den Widerstand der katholischen Partei ausgeschlossen erscheint.
- 3. Von der bäuerlichen Stammpartei hören wir deutliche Ablehnung. Und gerade in diesem Sinn ist nun auf die Dauer gesehen die Absplitterung des Herrn Müller heilsam gewesen. Möchte ihr doch in kurzer Zeit die Absplitterung der Bruppe um Schmid-Ammann solgen! Von maßgebender Seite der Bauernpartei wurde uns erklärt, daß eine solche Koalition, also die Aufnahme der Sozialdemokratie in den Bundesrat, nicht in Betracht komme. Man könne von der Bauernpartei nicht verlangen, daß sie sich mit einer Partei solidarisiere, in deren sämtlichen maßgebenden, also vorwiegend poslitischen, Kommissionen ein Léon Nicole noch immer einflußreich vertreten sei. Die Bauerns und Bürgerpartei begnüge sich deshalb damit, das neue Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung mit gebührendem Dank entgegenzunehmen, wie auch nichts dagegen zu sagen sei, wenn die Arbeiterturner, die im "Satus" organisiert sind, durch Gewährung einer bescheidenen Sudvention bei ihrem schriftlichen Bekenntnis zur Landesversteidigung behaftet würden.

Man sieht also, daß die Früchte des sozialbemokratischen Wunschtraumes wohl sehr rasch zum reisen kamen, aber Gefahr laufen, wieder zu versaulen, weil die Mehrheit, sie zu pflücken, sich nicht findet. Für heute jedenfalls kann man die

Hoffnung hegen, daß sowohl die konservative, wie auch die Bauernpartei bei ihrer dezidierten Haltung bleiben und so das Gummimännchen, in dem sich das freisinnig-demokratische Rückgrat personisiziert, von allen Seiten in der exforderlichen Weise stützen werden. Die Gesahr, die aus einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie in allgemeinpolitischer, vor allem aber auch in wirtschaftlicher Beziehung ohne Zweisel eintreten müßte — hier genügt ein Blick über die französische Grenze —, scheint also vorerst abgewendet zu werden.

Dagegen wird man sich barüber klar sein muffen, bag mit biesem Erfolg im Regativen wohl eine Gefahr gebannt, aber positiv noch nichts gewonnen ift. Auf was es heute ankommt, ist dieses: bas voraussichtliche Scheitern ber Roalition mit den Roten dürfte, schon rein psychologisch gesehen, das Gewicht derzenigen Rreise stärken, die in der Ablehnung der neuen Koalitionsidee in vorderster Front stehen, nämlich ber Rreise ber Rechten. Bon bier aus muß endlich bie Wandlung tommen, jene Bandlung, die nicht nur das Einschmuggeln margistischer Bolksfrontgebanken in unsere Politik verhindert, sondern auch bem Bersuch, unsere Demokratie mit uns fremden faszistischen Ginflussen zu durchseten, entgegentritt. Die Rechte wird nun zu zeigen haben, was fie leiften kann. Wie uns nur eine entschlossene Abkehr von ber bisherigen bundesrätlichen Wirtichaftspolitif bavor bewahren fann, bag eine neue Abwertung unser wirtschaftliches Webäube zugrunde richtet; so wird allein eine allgemeine Politik im Sinne eines Abbaus bes überspitten Bentralismus, eine Stärfung der föderativen Kräfte des Volkes und eine Rückkehr zu unserem ursprünglichen Staatsgebanken ber Demokratie im kleinen, ber Ausbau begw. Die Wieberaufrichtung der Selbstverwaltung unser Land über die Zeiten bes Sturmes hinwegtragen. Diesen nationalen Bieberaufbau muß die Rechte leisten. Bielleicht ist ihre geschichtliche Aufgabe damit gekommen.

Eine zwingende Rotwendigkeit, die Regierungskoalition mit Ginschluß ber Sozialbemokratie zu verhindern, ergibt sich vor allem auch aus außenpolitischen Gründen. Denn mit unserer Neutralität mare es an dem Tage vorbei, wo die Sozialbemokratie zu maßgebendem Einfluß auf die Führung der Tagespolitik tommen wurde. Beute unternimmt der Bundesrat bereits erfreuliche Schritte, um unsere Neutralität zu ichugen. Die psychologische Borbereitung bes Prozesses gegen ben Mörder Frankfurter ift burch ben Bundegrat geschickt geführt worden, indem nicht nur die Einfuhr des Emil Ludwig'ichen Tendenzbuches "Der Mord in Davos" bis nach Abschluß bes Prozesses verboten, sondern außerdem das Buch bes emigrierten deutschen Journalisten Selmuth Rlot: "Der neue beutsche Rrieg" an ber schweizerischen Berbreitung gehindert wurde. Der Berlauf des Churer Prozesses wird nun zu beweisen haben, daß das Schweizervolk seine Neutralität ernft nimmt, indem es feine andere Stimme zu Worte tommen läßt, benn bie Stimme bes Rechts und ber Gerechtigfeit. Der Beweis aber für ben Willen gur Neutralität, der in jenen Tagen nach dem 9. Dezember geleistet werden, soll, wird allen benen einen machtvollen Vorsprung verschaffen, die entschloffen sind, den Boltsfrontsput, taum ist er aufgetaucht, aus ben Röpfen rabital zu vertreiben.

Basel, den 23. November 1936.

Jann b. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Um Deutschland und Italien. / Im fünften Monat des Front populaire. / Spaniens neue Gewalthaber. / Eine Präsidentenwahl.

Auf dem Wege zur Neugestaltung des politischen Antliges von Europa haben in der letzten Zeit verschiedene Begegnungen stattgesunden. Einmal war der italienische Außenminister Graf Ciano in Berlin und Berchtesgaben, wo über die Gleichartigkeit vieler politischer Ansichten des Fasismus und Nationalsogialismus gesprochen murbe. Man ftellte fest, bag ber Rampf bem Bolschewismus gelte. Auch fand man sich einig darüber, daß die bisher gepflogene follektive Sicherheit wertlos fei. Greifbare Gestalt nahm die beutsch-italienische Unnäherung in dem "Berchtesgadener Protofoll" an, welches aus den "in herzlicher Atmosphäre" gepflogenen Besprechungen hervorging. Darnach erklären sich bie beiden Mächte für eine gemeinsame Friedensaktion, wie denn überhaupt ihr Berhältnis von maßgebender Seite bezeichnet wurde als eine "Friedensfreundschaft, beherricht durch die Besorgnis, Guropa ein Mindestmag von Ordnung und Stabilität zu sichern." Hinsichtlich der Stellung zu den Westmächten sind sich Stalien und Deutschland barüber einig, daß sie ein Ersat=Locarno ablehnen, da= gegen haben sie sich über ihre Stellung zum Bölkerbund nur unbestimmt ausgefprochen. Mis icones Prafent überreichte Sitler feinem Gafte bie Anerkennung bes italienischen Raiserreiches Athiopien, und auch die Anerkennung der nationalisti= ichen Regierung Franco in Spanien ist sicher bei biesem Unlag vereinbart worben. Die Berhandlungen entsprachen insofern ben ftändigen Friedensbeteuerungen, als sie weder ein Bündnis noch eine Expansion zum Gegenstand hatten. Immerhin muß man sich gegenwärtig halten, daß der Friedenszustand der Ruhe eines Bulvermagazins gleicht, welches jederzeit in die Luft springen kann, wenn das geringfte Feuerlein baran kommt. England und Frankreich follen fich nun herbeilaffen, bas Feuer fern zu halten, ansonst sie das aufgestapelte Bulver zu riechen bekommen. Deutschland und Stalien wollen Frieden, aber einen Frieden nach eigener Maggabe. Ein hubsches Bildchen von diefer Lage hat der "Secolo-Sera" mit folgenben Strichen gezeichnet: "Bon Rom und Berlin aus wird ber Blzweig bargeboten; wenn er zurückgewiesen werden follte, wird man von London und Paris aus nur noch ein Bild von Millionen und Abermillionen Bajonetten sehen. Die italienischbeutsche Entente ist entscheidender Faktor in Europa. Wir vermögen nicht zu glauben, daß Großbritannien die Geschäfte Ruglands besorgen will, das einen Ronflitt heraufzubeschwören sucht."

Ungefähr im gleichen Sinne hat dann auch die Mailänder Rede Mussolinis vom 1. November gelautet. Sie enthielt natürlich eine Absage an den Bölkerbund, wünschte aber dafür eine Berständigung mit England. Dem Bolschewismus — nicht aber Rußland — wurde die Fortsetzung des Kampses angekündigt, und für die Revision der Grenzen Ungarns zeigte der Duce volles Berständnis. Zur Festigung des Freundschaftsverhältnisses mit Osterreich und Ungarn hat zu gleicher Zeit in Wien eine Konserenz stattgesunden. Damit zeigte sich die Donaustadt wieder einmal in der Rolle des Brennpunktes positischer Interessen, die einerseits in der Nordsüdrichtung von Italien nach Deutschland und anderseits in der Westostrichstung von Genf nach Ungarn verlausen. Vielleicht ist da doch die Hoffnung berechtigt, daß Osterreich etwas zum Ausgleich der politischen Gedanken tun kann.

Deutschland und Italien haben Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Verbindung Kom-Berlin sich in keiner Weise gegen England richte. Wenn man an die Thronrede Eduards VIII. denkt, so begreift man allerdings die Sorge der beiden Diktaturstaaten. Bei allem eigenen Kraftbewußtsein wollen sie es mit dem mächtigen England nicht verderben, zumal auch dieses ja die Hand zum Frieden reicht. Nur schlägt es etwas andere Wege ein. Es will den Völkerbund verstärken, einen neuen Locarnopakt herbeisühren, den freien Güteraustausch in der Welt erz möglichen, die Rüstungsbeschränkung durchsehen. Wer weiß, ob und wie sich diese Ziele mit denen von Musselini und Hitler in eine einigermaßen verträgliche Form bringen lassen? Alles werden denn die Diktatoren doch auch nicht bloß nach ihrem Willen durchsehen können, denn England hat nicht nur Frankreich auf seiner Seite, sondern pflegt auch mit Polen und Jugoslavien gute Beziehungen, wie die jüngsten Besuche von Außenminister Oberst Beck und Prinzregent Paul in London lehren.

Die deutiche Außenpolitik hat außer den bereits geschilderten Berhandlungen mit Graf Ciano in ben letten Wochen noch zwei weitere Sohepunkte erreicht. Der eine betrifft die einseitige Aushebung der Wasserstraßenbestimmungen des Bersailler Bertrages — bavon ist an anderer Stelle dieses Heftes in einem besonderen Artikel die Rede —, der andere besteht in den Besuchen des österreichischen Ministers Schmidt in Berlin und bes deutschen Ministers von Reurath in Wien. Damit sind zum ersten Mal seit langer Zeit zwischen Deutschland und Osterreich wieder normale Beziehungen aufgenommen worden. Trotz dieser Aktivi= tät konzentriert sich das gegenwärtige politische Interesse Deutschlands vor allem auf seine Innenpolitik. Nachdem Hitler zu Nürnberg gewissermaßen den wirtschaftlichen Kriegszustand für Deutschland proklamiert hatte, ist Göring als Wirtschaftsbiktator bestellt worden. Deutschland soll wirtschaftlich vom Ausland möglichst unabhängig gemacht werden. Zu diesem Behufe ist eine geophhsikalische Untersuchung seines Territoriums geplant, und es werden nach dem Willen ber Machthaber auch neue Fabriken für die sonthetische Herstellung von Rohstoffen entstehen. So hat Göring zum Beispiel angekündigt, daß nach Ablauf von 18 Monaten kein Benzin mehr eingeführt werden muffe, da bis zu diesem Zeitpunkt genügend Benzin in Deutschland selbst hergestellt werden könne. Hand in Sand mit diesen Magnahmen wird eine bessere Berwertung der Abfälle in Aussicht genommen, die man in vermehrtem Mage wieder der Produktion zuführen will. Neben diesen optimistischen Projekten mußte das deutsche Bolk aber auch eine Aufforderung zu Opfern in der Lebenshaltung hören und wurde auf weitere Ginschränkungen vorbereitet. Trop aller Anstrengungen zur Sebung ber eigenen Lebensmittelversorgung besteht und wird noch weiter eine erhebliche Anappheit an gewissen Lebensmitteln bestehen. Die friegswirtschaftliche Einstellung Deutschlands macht sich aber auch bei den Unternehmern bemerkbar; in der Sorge um geeignete Arbeiter sind tiefgreifende Maßnahmen über die Unstellung in der Metallindustrie angeordnet worden.

* *

Nachdem der erste Clan vorüber ist, sind für die französische Boltsstrontragierung schwierigere Tage angebrochen. Léon Blum rühmte zwar nach wie vor die Einigkeit seines Ministeriums und erklärte, daß er nicht ohne die Kommunisten regieren werde, aber der radikale Parteitag in Biarriz hat ihm Ende Oktober nicht Recht gegeben. Die Radikalen, welche doch auch an der Regierung teilhaben, wehrten sich des bestimmtesten gegen die Verlezungen der Volksfrontgrundsäte durch die Rommunisten, besonders hinsichtlich der sowietistischen Außenspolitik und der Fadrikbesehungen. Mit ihrem Protest gegen die soziale Unordnung, die revolutionären Umtriebe und die Mißwirtschaft haben sie gewiß recht, aber es erhebt sich die Frage, ob eine mit den Kommunisten arbeitende Volksfront überzhaupt fällig sei, etwas anderes hervorzubringen. Mag sich Blum lange wehren gegen die Identifizierung von Demokratie und Kommunismus, so bleibt doch der französischen Demokratie der deutliche kommunistische Einschlag.

Bu den rein politischen kommen jeht noch die finanziellen Schwierigkeiten. Selbstverständlich wäre ein außgeglichenes Budget die beste Gewähr für die Stabilisierung des Frankens. Aber der Finanzminister Auriol wußte dieser Anforderung nicht zu entsprechen: Sein neues sogenanntes übergangsbudget zeigt bei größeren Außgaben als je vier Milliarden Desizit im ordentlichen und fünfundzwanzig Milliarden Desizit im außerordentlichen Verkehr. Da der Kredit des Staates unter diesen Umständen natürlich nicht glänzend ist, soll die autonome Amortisationskasse zur Hauptsache die erforderlichen Mittel beschaffen. Daneben soll auch der Anleihensweg wieder beschritten werden, in welcher Hinsicht man aber der Regierung nicht viel Gutes prophezeien kann. Die Rechtssopposition hat dei dieser Sachlage natürlich Angriffsstoff in Hülle und Fülle. Sie richtete sich in letzter Zeit hauptsächlich gegen den Innenminister Salengro,

ben sie als Deserteur brandmarkte, obschon er seinerzeit vom Kriegsgericht freigesprochen war. Seine Unschulb wurde zwar von Léon Blum neuerdings beteuert, aber Salengro nahm sich den Angriff seiner Gegner so zu Herzen, daß er seinem Leben durch Gasvergistung das Ende sehte. Wer die politische Lage in Frankreich überblickt, versteht, daß der Präsident der Republik, Albert Lebrun, in seiner Straßburger Rede vom Oktober eindringlich Disziplin, Ruhe und Ordnung sordern mußte und endlich eine Sammlung der positiven Kräfte der Nation herbeiwünschte.

* *

Um 20. Juli dieses Jahres hat der nationalistische General Franco mit seinen aufständischen Truppen die Meerenge von Gibraltar überschritten und am 9. November ist er in einen Stadteil von Madrid eingedrungen; 35 von 41 Provinzen befinden sich in seiner Gewalt. Man kann also mit Recht sagen, daß Spanien nunmehr in ben Sanden der Aufständischen sei, umsomehr, als auf der andern Seite eine rechte Regierung, die wirklich eine verantwortliche Gewalt ausüben würde, nicht mehr eristiert. Dieser Sachlage Rechnung tragend, haben sich zuerst Guatemala und dann am 18. November Deutschland und Italien zugleich bereit gefunden, die Beziehungen mit der Madrider Regierung abzubrechen und die Junta der Landesverteidigung mit ihrem Chef General Franco als die maßgebende Regierung Spaniens anzuerkennen. Italien hat dabei darauf hingewiesen — es wünscht diesen Gedanken auch auf sich selber angewandt mit Bezug auf die Eroberung Abessiniens -, bag bie faschistische Moral nicht nur auf bas Recht abstelle, sondern insbesondere auch darauf, wo Ordnung und Autorität herrsche. Mit diesen, allen andern Staaten zuvorkommenden Anerkennungen haben sich Deutschland und Stalien beizeiten auf die Seite des Erfolges gestellt und ihren Sympathien für die Nationalisten unmigverständlichen Ausdruck gegeben.

Man muß zugeben, daß die überlegungen, welche zur Anerkennung führten, richtig sind. Die Legalität der spanisch en Bolksfrontregierung kann nämlich heute keine Rolle mehr spielen. Abgesehen bavon, daß der Ministerprafident Largo Caballero mit dem Sowietbotschafter Rosenberg nach Valencia und der Republikpräsident Azana nach Barcelona geflohen sind, besitt die gewählte Regierung keine verantwortliche und maßgebende Gewalt mehr. Sie kann daher auch nicht mehr ben Unspruch erheben, über Spanien zu herrschen. Unders die Regierung Francos, beren Truppen mit bemerkenswerter Schnelligkeit von Toledo gegen die Hauptstadt vorgedrungen sind und unter Abschlagung von Gegenoffensiven Madrid erreicht, wenn auch noch nicht besett haben. Spanien untersteht zum größten Teile ihrer Gewalt, die sie auch anscheinend mit einiger Ordnung und Distiplin handhaben (die Nachrichten von einer Protestantenversolgung bewahrheiten sich hoffentlich nicht). Obschon das Vorrücken in Madrid erheblichen Schwierigkeiten begegnet - gegenüber ben bon ben Ruffen unterstütten Bolksfrontmilizen muß jeder Rug breit Landes heiß erkampft werden -, fteht es doch ziemlich fest, daß General Franco die ganze Gewalt über Spanien in seine Bande bekommen wird.

Inzwischen sind die Großmächte ständig durch die Fragen der Nichtinters vention in Anspruch genommen. Der Pakt, den die französische Bolksfrontregiesung aus eigenen Stücken vorgeschlagen hat, sunktioniert zwar immer noch, aber er droht Lücken zu bekommen. Unter dem Borwand, der Paktteilnehmer Portugal sei die Hauptlieserungsbasis für das Heer der Nationalisten, hat Rußland das Abkommen gekündigt und erklärt, es betrachte sich als nicht mehr daran gebunden; auch die Madrider Regierung solle Wassen kausen Ju gleicher Zeit sind Deutschland und Italien von ihm angeklagt worden. Natürlich hätte Rußland genug vor seiner eigenen Türe zu wischen. Und es klingt in diesem Zussammenhange nicht ganz unwahrscheinlich, daß innerpolitische Gründe zu diesem Protest gegen die Fascisten und also zur Kündigung des Abkommens veranlaßt haben. Aber sei dem wie dem wolle, so ist doch Rußlands Haltung nicht leicht

zu nehmen, da eine stärkere Unterstützung der Kommunistenregierung zu einer Berslängerung des Bürgerkrieges und zu einer Berschärfung aller Spannungen führen müßte.

*

Mit 401:84 Clektorenstimmen hat das Bolk ber Bereinigten Staaten von Nordamerika am 3. November dem bisherigen demokratischen Bräsidenten Roosevelt gegenüber dem neuen Kandidaten Landon als Unions= präsident den Vorzug gegeben. Roosevelt ist zwar nicht ohne Opposition wieder erforen worden, aber er trug tropbem einen überwältigenden Bahlfieg bavon. Das hat er vor allem seiner gefälligen Persönlichkeit und dem wirtschaftlichen Aufschwung, welchen das Land unter seiner Führung genommen hat, zu verdanken. Wir kennen ihn als den Schöpfer des New Deal, womit er der Arbeitslosigkeit begegnete und den Produzenten zugleich höhere Preise sicherte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich sein Wirtschaftsplan bewährt, und die Bürger haben sich jo für ihn begeistert, daß seine Wiedermahl zum vornherein feststand. Mertwürdig, daß ber aus großem Hause stammende Roosevelt als Vertreter der kleinen Leute im Beigen Saufe verbleibt, mahrend der in kleinen Berhaltniffen aufgewachsene Landon als Exponent des Rapitalismus galt. Mit der Wahl Roosevelts hat sich das amerikanische Bolk einerseits auch für die fortbauernde Distanzierung vom Bölferbund, andererseits jedoch auch für ben freien Belthandel ausgesprochen, während Landon für eine wirtschaftliche Folierung eingetreten wäre. In den übrigen politischen Auffassungen hätten sich die beiden Kandidaten wohl kaum stark voneinander unterschieden, da beide den bekannten Grundfagen des Amerikanismus wie Liberalismus, Demokratie und Erfolgsglauben hulbigen.

Bülach, am 24. November 1936.

Balter Sildebrandt.

Französischer Brief.

Der verflossene Monat war, einem alten französischen Brauch gemäß, mehr durch Reden als durch Ereignisse ausgefüllt. Mit Worten läßt sich bestanntlich Politik machen; aber die Ereignisse allein entscheiden darüber, ob das Bolk an dieser Politik gesunden kann, oder ob das übel weitere Fortschritte verszeichnet.

"Worte, Worte, nichts als Worte": die abgelaufenen Wochen waren nämlich, wie alljährlich, die der großen Parteikongreffe. Wir konnen uns darüber turz fassen. Die Rabikal = Sozialisten tagten in Biarrit, mas ein wenig ironisch anmutet; die parlamentarische Mitte der Alliance Démocratique als wohlgenährte Burgerpartei in dem uppigen Bourg-en-Breffe, die Sogialisten natürlich in Paris selber, die "Doriotisten" oder französische Volkspartei in ihrer Geburtsstadt St. Denis. Für die Radikalen sind die heroischen Tage von Angers und Reims längst vorüber. Reine "Schläge" mehr, die Rabinette zertrümmern, sondern nur noch eine allerdings heftige Kritik an den Methoden der äußersten Linken, also der kommunistischen Bolksfrontbrüder; ein erbitterter Redesturm gegen die Fabrikbesehungen, gegen das Chaos, die Unordnung, ben ständigen Drud der Rommunisten auf die Bolksfront, dem sich die Sozialisten nicht entziehen können ober wollen. Es entspricht dies gang genau dem Wesen dieser Partei, die kleinbürgerlich ist und Bolksschichten vertritt, denen Ruhe und Ordnung über alles gehen. Aber auch ber Schluß, das Ergebnis dieses Rongresses ließ sich mit Sicherheit voraussagen: Treue trot allem der Bolksfront, benn sie entspricht ber antisascistischen Ibeologie ber Rabitalen nicht minder wie ihren Bahlpositionen. Dazu bemerken die Rommunisten mit dem Zynismus, der ihnen eigen ist: Die Radikalen wagen es gar nicht, die Bolksfront zu brechen, denn fie wiffen, daß

dann manches Glas in Scherben ginge; die Straße gehört bekanntlich den "orsganisierten Arbeitern", und in den großen Unternehmen gebieten die kommunistisschen "Zellen". So ging der Sturm an der Biscahaküste vorüber, im Wasserglas wurde gleich alles wieder still. Als man einen Radikalen bei seiner Rückkehr nach Paris fragte, was sie denn eigentlich in Biarrit beschlossen hätten, gab er die klassssiche Antwort: "Nichts, aber das ein stimmig".

Etwas energischer gebärdete sich die Dem okratische Allianz, die vorsläusig noch in der Opposition ist und deshalb keine Rücksicht zu nehmen braucht. Eine berühmte Definition dieser Partei lautet: Sie besteht aus rechtsstehenden Truppen und aus linksstehenden Führern. Die Führer, Fland in und Rehnaub an der Spize, gelten nämlich selbst in Volksfrontzeiten als "ministrables", sie sind eben reine Politiker, eine Menschengattung, die man so ziemlich in allen Ländern kennen dürste, die auf eine längere demokratische Vergangenheit zurückblicken. Desmokratische Allianz und Kadikalsozialistische Partei haben übrigens genau das gleiche Programm, es besteht zwischen ihnen eine völlige Familienähnlichkeit. Der einzige Unterschied ist, daß die Kadikalen mit den Kommunisten gehen, die "Flansbinisten" gegen sie. Es sind zwei Parteien, die genau das Gleiche wollen, aber ganz verschieden handeln. Sie bekennen sich zur gleichen politischen Keligion, opfern jedoch ganz verschiedenen Göttern. Dergleichen Widersprüche muß man verstehen, sonst verseht man überhaupt nichts von Politik.

Der Nationalrat ber SHRD-Sozialisten pflegt stets hinter verschlossenen Turen zu tagen; von dieser Regel ist unsers Wissens nur ein einziges mal abgewichen worden, und zwar im Mai des vergangenen Jahres. Auch hier gab es eine heftige Rritik an dem "Doppelfpiel" ber Rommunisten, die bei jeder Belegenheit ihre Treue zur Bolksfront bekunden und ihre Truppen gegen die Regierung Blum mobilisieren; aber es brang bavon nur ein gedämpftes Echo in bie Offentlichkeit. Leon Blum antwortete auf die schweren Anklagen des kommunistiichen Generalsekretars Thorez: es war eine Antwort "mit Rosenwasser", wie man bier fagt. Man entichulbigte ben Ministerprafibenten bamit, er fei ein viel gu fluger Polititer, um ber lachenden Galerie ein Schauspiel eines "Bruberzwistes" zu geben. Die Massen ber Franzosen sind übrigens mit der Zeit so weit gekommen, daß sie den kleinen Familienstreit nicht tragisch nehmen. Bas seine Gesamtpolitik anbelangt, so will sie Léon Blum offenkundig nach der Methode Coué behandeln: es geht mir schon gang gut, es geht mir jeden Tag besser. Man benkt auch an das berühmte Lied von der Madame la Marquise: Alles stürzt zusammen, alles verbrennt, alles stirbt, aber davon abgesehen "tout va bien". Léon Blum fieht die Butunft in den rosigsten Farben: die Butunft Frankreichs und seine eigene Bufunft. Die Möglichkeit, daß er stürzen könne, bezeichnet er als "absurb". Er will das ganze Programm des "Rassemblement populaire" verwirklichen, und dazu find ihm vier Sahre eine nicht allzulang bemeffene Frift. Außerbem will er als Sozialist eine andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung herbeiführen; in welcher Zeit dies geschehen soll, wird uns nicht gesagt. Zum Schluß kam ber Ministerpräsident auf die französische Außenpolitit zu sprechen, und im Besonderen auf den spanischen Ronflitt. Dieser interessante Teil seiner Rebe wurde und leider vorenthalten; wir lafen bavon nur ben einen, bedenklich klingenden Sat, daß Frankreich sich unter Umftanden dazu entschließen könnte, seine Neutralitätspolitit zu revidieren. Der Nationalrat ging mit einer wichtigen Entschließung zu Ende, auf die wir noch zurudkommen muffen.

Was an der Doriot-Bewegung am meisten wunder nimmt, ist die Tatsache, daß sie bei der allgemeinen Parteimüdigkeit in so kurzer Zeit auf mehr als 100000 Mitglieder anwachsen konnte. Junge Leute meist, die aus allen politischen Lagern herstammen, hauptsächlich jedoch aus der kommunistischen Partei und von den ehemaligen Feuerkreuzlern her. Doriot gestand, er habe große Angst gehabt, wie sich diese verschiedenen Truppen zueinander verhalten wurden, wenn fie zum erstenmal Seite an Seite fagen. Im großen Festsaal von St. Denis waren sie aus ganz Frankreich zusammegekommen: Kommunisten und Feuerkreuzler fühlten sich in erster Linie als Frangosen, und damit war ihre Brüderschaft besiegelt. Sie sangen einmütig das neue Kampflied, das zwei Arbeiter aus St. Denis gedichtet und in Musik gesetht haben, und das wohl bald die Rundreise durch Frankreich machen wird: France, libere-toi!", "Frankreich mach dich frei!" Staatsfeind Nummer 1 ist für die Französische Bolkspartei der Bolschewismus, weil er für Frankreich den Rrieg im Innern und nach Außen bin bebeutet. "Das werden die Franzosen den Kommunisten nie verzeihen", rief Doriot aus, "daß fie in ben Falten ber Tritolore eine fremde Sahne ins Land herein gebracht haben!" Die neue Partei bes Burgermeisters und Abgeordneten ber alten Rönigsstadt St. Denis ist ohne Zweifel der gefährlichste Gegner, der den Kommunisten bis jest auf frangosischem Boben erwachsen ist; wegen der starten, mitforte reißenden Persönlichkeit ihres Führers Jacques Doriot, und weil sie sich direkt an die Arbeiter wendet, nicht an Klassen, die ohnehin kommunistenfeindlich eingestellt sind. Sie greift an die Burzel der kommunistischen Macht in Frankreich, zerstört ihre "Zellen" im buchstäblichen und im bilblichen Sinn. Sie bringt vor allem den Franzosen eine neue Mhstit, die nichts mit dem alten Chauvinismus, aber auch nichts mit Reaktion und Großkapitalismus zu tun hat: benn als Staats= feind Rr. 2 wird von Doriot der "coffrefort" bezeichnet.

Setzen wir, um die außerordentlichen Widersprüche der französischen Innenspolitik in diesem Augenblick zu kennzeichnen, ein paar Aussprüche aus Reden hiersder, die am gleichen Sonntag, 8. November, gehalten wurden. Ministerpräsident Léon Blum sagte im sozialistischen Nationalrat: "Wenn wir morgen abtreten müssen — es ist dies nur eine absurde Hypothese, die ich für meine Beweissührung ausstelle —, so werden wir unsere Partei gestärkt in einem gesünderen und blühensderen Lande zurücklassen." — "Seit der Machtergreifung durch eine sozialistisch geführte Volksfrontregierung haben wir das Vertrauen des Landes in seine freien Einrichtungen wiedererweckt." — "Alles, was wir versprochen hatten, haben wir gehalten. So wird es auch in Zukunft sein, müßten wir 4 Jahre dransehen, um das ganze Programm des Kassemblement populaire zu verwirklichen." — "Bir haben die erste Grundlage einer neuen Ordnung sestgelegt. In diesem Augenblick sind wir Zeugen einer seindlichen Ofsensive. Aber es gibt auf Erden keine Gewalt mehr, die imstande wäre, dem Proletariat seine Errungenschaften zu entreißen."

Hören wir den ehemaligen Ministerpräsidenten P. E. Flandin, Borsitzensder der Alliance democratique: "Es vergeht nicht ein Tag, ohne daß ein jeder unter uns ein neues Stück seiner Freiheit verliert. Mit jedem Tag wird ein neues Gesetz geboren, das uns neuen Zwangsmaßnahmen unterwirft." — "Die erste aller Sicherheiten ist die strikte Anwendung der Gesetze: das ganze Gesetz, nichts als das Gesetz." — "Wir sind zur Kammerauflösung und zu Reuwahlen bereit. Wir sordern nur ein gerechtes Wahlspstem, das nicht durch die immoralischen Bündnisse des zweiten Ganges entstellt wird."

Ebouard Dalabier, Kriegsminister und erklärter Gegner ber Kommunisten, in seiner Rede von Mont-de-Marsau: "Ich dulde keinerlei Zelsenbildung in der Armee. In dem Augenblicke, wo die politischen Kämpse ihren Einzug halten würden, gäbe es keine französische Armee mehr!"

Staatsminister Camille Chautemps, dessen Aussichten auf die Erbschaft Blum zugunsten Daladiers neuerdings stark vermindert erscheinen, sagte in Marennes: "Aus den inneren Wirren, die die fremde Propaganda übertreibt, erwächst Frankreich ein gewaltiger Schaden. Besreundete Völker sind versucht, sich von uns zu trennen."

.

Auf ein paar bedeutsame Kundgebungen zu der französischen Außenpolitik mussen wir noch näher eingehen; sie beschränken sich in diesem Augenblid nahezu völlig auf ben spanischen Ronflitt und die Haltung Frankreichs ben fämpfenden Parteien gegenüber. Der kommunistische Druck auf die Regierung Blum wächst mit den Erfolgen der nationalen Armee, was angesichts der gewaltigen Interessen Sowietruglands an einem revolutionaren Spanien gang natürlich erscheint. Es konnte daher auch nicht fehlen, daß der Rampf um die französische Neutralität im sozialistischen Nationalrat mit aller Heftigkeit entbrannte. Leon Blum stellte fest, daß "ber europäische Friede dank der Nichtinterventionspolitik gerettet" worden sei, fügte bann aber merkwürdigerweise hinzu: Wenn England seine Haltung verändere, könne es sein, daß auch Frankreich eine Revision seiner Neutralitätspolitik vornehme. Dieser Sat wurde allgemein als eine Konzession an die Kommunisten und gewisse extreme Sozialisten (Richtung Marceau Pivert und Byromski) aufgefaßt, die jedoch keinen praktischen Wert habe, da von einer Haltungsänderung der englischen Regierung keine Rede sein könne. Man wurde erst stutig, als die Schlufresolution des Nationalrates (die "gemäßigte") in ihrem Wortlaut bekannt wurde: "Was die spanischen Ereignisse angeht, so spricht der sozialistische Nationalrat Léon Blum sein Vertrauen aus und verlangt von der Regierung, daß sie im Ginverständnis mit England die Politik befolge, wie sie burch die Resolution der JOS (sozialistischen Arbeiterinternationale) und der FS (sozialistischen Gewerkschaftsinternationale) befiniert worden ist." - Die Worte "im Einverständnis mit England" sollen auch hier zur Beruhigung dienen; aber die radifale "Ere Nouvelle" stellt fest, daß der Anstoß zur Neutralitätspolitik nicht von England ausging, sondern eben von Frankreich, und daß es jett ben Anschein habe, als ob Frankreich seine Juitiative bereue. Alle Stilklauseln und Anhängsel können auch nichts an der Tatsache ändern, daß sich die französis ichen Sozialisten, die Kerntruppe der Regierungsmehrheit, zum mindesten nicht gegen die Einmischung in den spanischen Bürgerfrieg ausgesprochen haben, und daß die Kommunisten insofern triumphieren mögen. Bedenklich ist noch eine andere Tatsache, die nicht stillschweigend übergangen werden darf. Im sozialistischen "Popopulaire" antwortet am 9. November ber alte Sührer Brade, ber als Leitartikler Léon Blums Stelle vertritt, auf die Angriffe des Kommunisten Thorez mit dem Sat: "Aufhebung der Blockade? Es gibt keine Blockade, es gibt wenigstens in Frankreich nur eine Blockade mit Bezug auf die Bewaffnung und die Berproviantierung der spanischen Rebellen." — Tags darauf forderte denn auch die "Humanite" auf Grund dieses außergewöhnlichen Gingeständnisses von der Regierung Blum, daß sie den revolutionären Truppen offen zu Silfe fomme: die Logit war gewiß auf Seiten des tommunistischen Blattes, wenn Bracke die Bahrheit schrieb. Allerdings fügt der Bertreter Blums im "Populaire", der im Privatberuf ein gelehrter Professor ist, die subtile Unterscheidung hinzu: "Reine Neutralität, aber auch keine Intervention!" Über ein solches Distinguo werden sich die derberen Rommunisten und Gewerkschaftler jedoch nicht viel Ropfzerbrechen machen.

Es gibt übrigens noch einen andern Professor, der an der Universität Lhon Finanzwissenschaft doziert und als sozialistischer Abgeordneter in der Kammer sitt: Philip mit Namen. Die "revolutionären Christen" hatten der Regierung Blum vorgeworsen, sie lasse dem "Fascisten Franco" freie Hand. Prosessor Philip sucht in der gleichen Zeitschrift "Terre Nouvelle" die Politik der Bolksfront zu rechtsertigen, indem er schreibt: Die weitere Unterstützung des frente popular (nach dem 7. August) durch Frankreich hätte unweigerlich zum europäischen Kriege geführt. In diesem Kriege wäre Frankreich tatsächlich i so liert gewesen, da der einzig mögliche Verbündete, Sowjetrußland, von keinerlei Nutzen hätte sein können: denn selbst die Tschechslovakei bezeigte nicht die geringste Lust, um des sernen Spaniens willen ihre Existenz auss Spiel zu setzen. "Es war der sichere

Krieg und die nicht minder sichere Niederlage". Prosessor Philip stellt dann weiter fest, daß es in einem "Kreuzzug" der Demokratien gegen die Diktaturen (wobei Sowjetrußland als "Demokratie" behandelt wird!) notwendigerweise so gehen müsse: Frankreich skände dabei ganz allein, niemand marschiere mit ihm, weder England noch der Kleinverdand noch Polen, nicht einmal die sozialistisch regierten Länder des Nordens, von Belgien gar nicht mehr zu reden. — Der sozialistische Abgeordnete Philip hat es vielleicht nicht ganz so gemeint, aber schlagender hat noch niemand in Frankreich bewiesen, daß diejenigen Elemente, die zur Intervention drängen, oder die im Namen der "Freiheit", der "demokratischen Iveale" jede Berständisgungspolitik mit dem nationalsozialistischen Deutschland ablehnen und grundsählich Gegner von neuen Locarnoverhandlungen sind, nicht nur den Krieg heraus-beschwören, sondern auch die sichere Nieder a er lage Frankreichs, das heißt, praktisch ausgedrückt, seine Bernichtung.

* *

Rommen wir von den vielen Worten des letten Monats zu den wenigen Tatsachen und Ereignissen. Ein solches Ereignis war sicherlich die Einbringung des ersten Bolksfronthaushalts durch den Kinanzminister Bincent= Auriol. Léon Blum hatte in einer Rede furz zuvor die Erwartungen zo hoch geschraubt, wir sind ein wenig enttäuscht worden. Ein revolutionares Budget ist es nicht, höchstens sind dazu ein paar Ansätze vorhanden: schon der Zwang zu ungewöhnlich hoher Beanspruchung des Sparkapitals ließ kluge Vorsicht angezeigt erscheinen. Neu an diesem Haushaltsentwurf ist ein Doppeltes. Zum ersten gibt der Kinanzminister den ziemlich hohen Kinanzbetrag von 3,5 Milliarden im ordentlichen Budget unumwunden zu und macht sich keine Mühe, das unmögliche Gleichgewicht anzustreben, obwohl er so optimistisch ist, die voraussicht= man auf die alte Praxis des Finanzministers Klot zurückgegriffen, der bekanntlich lichen Einnahmen gleich um vier Milliarden höher anzuseten! Zum zweiten hat zur größeren Bequemlichkeit ein sogenanntes "budget des dépenses recouvrables" eingerichtet hatte, getreu seinem oft wiederholten Sab: "Le Boche pahera!" Neben dem ordentlichen Haushalt gibt es also wieder einen außerordentlichen Etat, der nur Ausgaben enthält, aber teine Ginnahmen. Das Bild diefes reinen "Bumpbudgets" sieht nach einer Darstellung des "Paris-Midi" folgendermaßen aus:

Fehlbeträge oder offene Posten	Schäţung	Vorgesehene Deckung
Ordentliches Budget	3561 Mia.	Anleihen des Schahamtes
Küstungsprogramm	9502 Mill.	Anleihe der Aationalver- teidigung
Nationales Arbeitsprogramm	2500 Mill.	Anleihe mit Hilse der au- tonomen Kasse
Pensionskasse	1000—2000 Mill.	Unleihe mit Hilfe der au- tonomen Raffe
Bost und Telegraphen, Gifen=		Anleihen der betr. Berwal-
bahnen usw.	7000—8000 Mib.	waltungszweige

Busammen rund 25 Milliarden

Man merkt unschwer, daß unter all den verschiedenen Dingen und Bezeichsnungen ein Wort, immer das gleiche, wiederkehrt: Anleihe. Einen Betrag von 25 Milliarden durch Anleihen aufzubringen, ist kein geringes Kunststück, zusmal im heutigen Frankreich, wo man vielleicht noch den Frauen, aber jedenfalls nicht mehr dem Sparkapital zart entgegenkommt. Man könnte sogar meinen, es sei die Quadratur des Zirkels. Darob ist in der Kammer denn auch jetzt schon eine hestige Schlacht entbrannt, obwohl es sich erst um Vorpostengesechte handelt. Man hat eine an sich harmlose Sache, nämlich ein paar unwesentliche Kunkte der Finanzeresorm, zum Anlaß genommen, um im Schoße des berühmten Finanzausschusses das Kriegsbeil auszugraben. Die Kommunisten sordern natürlich eine stärkere Her-

anziehung des Kapitals, das sie ja völlig zertrümmern wollen. Die Radikalen halten an ihren alten Spar- und Eigentumsbegriffen sest, deren "Heiligkeit" sie in Biarrit seierlich betonten. Die Sozialisten schwanken zwischen der revolutionä- ren und der konservativen Aussassischen her und hin. Der Finanzminister Vincent-Auriol gibt zu verstehen, daß er Geld entleihen will, und zwar auf gütlichem Wege; also dürste das Kapital, das sparende Publikum nicht vor den Kopf gestoßen werden. Der linke Volksfrontslügel antwortet, man habe nicht die Beibehaltung der alten, sondern eine neue Ordnung gewollt, als man den "Kassemblement populaire" bildete; auf sozialem Gebiet habe man bereits Vieles geleistet, nun kämen die Finanzen an die Reihe. Denn wie wollte der soziale Umbruchmit seinen kostspieligen Gesehen gelingen, wenn man die alte kapitalistische Praxis beibehielte? Herriot sei politisch an der "Geldmauer" gescheitert, nun werde sich das gleiche Schauspiel auf sozialem Gebiet wiederholen.

Man sieht: der gegenwärtige Kampf geht um ganz grundsäpliche Dinge. Sostale Gesetze gibt es auch anderswo, aber eine sozialistische Finanzwirtschaft mit starkem kommunistischem Ginschlag wäre gleichbedeutend mit einer völligen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnungsbegriffe. Die Kommunisten weisen mit einiger Logik barauf hin, daß man diese Revolution vorweg nahm oder sie unvermeidbar machte, als im Juni Hals über Ropf Gefete votiert wurden, ohne daß man sich über beren Finanzierung irgendwelche Sorgen machte. Das Brimat ber Politik über die Finanzen sei stets gleichbedeutend mit Revolution — oder mit Staatsbankrott; dieses Primat widerspreche ja auch völlig der gutbürgerlichen Auffassung, erscheine überhaupt mit ber kapitalistischen Ordnung unvereinbar. — Darauf antworteten die Radikalen: Frankreich sei eben in sozialer Beziehung weit im hintertreffen gewesen, deshalb habe man nach dem Wahlsiege der Bolksfront rasch handeln mussen. Ein wenig übereilt, wie sich heute zeige. Aber es sei nie bie Absicht bes französischen Bolkes gewesen — nicht einmal die der meisten kom= munistischen Bähler -, eine Revolution zu machen, nur um der blogen Logit willen. Frankreich ist ein Land von Bauern, Sandwerkern und Arbeitern, die in ihrer erdrückenden Mehrzahl kleine Sparkapitalisten sind: wer in Frankreich das "Rapital" vernichten will, trifft unweigerlich die Massen, und wer den Eigentums= begriff angreifen will, schneibet 38 Millionen Franzosen ins lebendige Fleisch. Die Linksmähler vom April und Mai haben ein wenig mehr Gerechtigkeit gewollt, aber nie und nimmer eine soziale Umwälzung, eine finanzielle Revolution!

Diese Schlacht zwischen zwei Weltanschauungen war unvermeiblich, sobalb man sich innerhalb der französischen Bolksfront über gewisse sinanzielle Grundsbegriffe schlüssig werden mußte. Sie spielt sich vorerst hinter den Türen der Fisnanzkommission ab, und noch heftiger im Schoße der "Delegation der Linken", wo konservative Radikale und revolutionäre Bolschewisten notgedrungen auseinandersstoßen. Eine Entscheidung wird natürlich jett nicht sallen: man mißt erst seine Kräfte. Jedenfalls bekundete der Ministerpräsident Léon Blum eine große Zusversicht, als er erklärte, der von Bincent-Auriol eingebrachte Haushalt werde ohne nennenswerte Anderungen bis zum 31. Dezember von den beiden Kammern versabschiedet sein, seine Regierung brauche keine Budgetzwölstel. Bielseicht irrt sich Léon Blum über die Natur der Kräfte, die gegenwärtig auseinanderprallen. Es kann aber auch sehr wohl sein, daß er schließlich recht behält; denn Kadikale und Kommunisten sürchten beinahe in gleicher Weise, wenn auch aus verschiedenen Grünsden, die Auslösung der Bolksfront, und da beide Parteien nicht allzusehr von Prinzipien beschwert sind, ist ein Kompromiß immer möglich.

Paris, Mitte November.

Alfons Büt.